

Gemeinde Lindlar



Auskunft erteilt: Franz Broich
Geschäftszeichen: Fb/sv
Zimmer Nr.: 400
Telefondurchwahl: (02266) 96 409
Telefax: (02266) 96 7 409
Telefonzentrale (02266) 96 0
E-Mail: franz.broich@gemeinde-lindlar.de
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 28.05.2009

Niederschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Niederschrift zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Bürgermeister

Gremium Gemeinderat	Sitzungs-Nr. 31
Sitzungsort Ratssaal „Alte Schule“, Eichenhofstraße 6, 51789 Lindlar	Sitzungstag 27.05.2009
Sitzungsbeginn 17.40 Uhr	Sitzungsende 20.00 Uhr

Anwesend:	Entschuldigt fehlten:
<p>Vorsitzender</p> <p>Tebroke, Dr. Hermann-Josef</p>	<p>SPD-Fraktion: Grüsges, Heinz-Dieter Thiem, Heinrich Thomm, Stefan Voß, Heribert</p> <p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Handke-Hahn, Annelie</p>
<p>Mitglieder</p> <p>CDU-Fraktion: Bosbach, Alexander Braun, Wolfgang Broich, Elisabeth bis 19.10 Uhr Brückmann, Armin Fischer, Achim Gräf, Wilhelm Heller, Guidor bis 19.00 Uhr Hochscherf, Brigitte Krieger, Dr. Klemens J. ab 18.10 Uhr Kümper, Manfred Müller, Günter bis 19.30 Uhr Schmitz, Hans Schmitz, Wilhelm Stadler, Wolfgang Walter, Ortwin Werner, Gerhard Wilbers, Dr. Andreas Willmer, Thomas</p> <p>SPD-Fraktion: Dinsing, Karl-Heinz Dreiner-Wirz, Jürgen Gaida, Dorothe Heller, Manfred Kremer, Karl-Egon Nohl, Kurt</p> <p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Freese, Dr. Susanne Heuwes, Patrick Schmitz-Siegfried, Pia</p> <p>FDP-Fraktion: Fleischhauer, Jutta Friese, Harald Klein, Dietmar</p> <p>Parteilos: Weber, Walter</p>	
<p>Gäste</p>	
<p>von der Verwaltung</p> <p>Broich, Franz Hütt, Werner Newrzella, Petric</p>	

behandelte
Tagesordnung
 zur 31. Sitzung des
 Rates der Gemeinde Lindlar
 am 27.05.2009

TOP	Beratungsgegenstand - Öffentlicher Teil -
1.	Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates
2.	Benennung eines Schriftführers
3.	Fragestunde für Einwohner
4.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 30.03.2009 - öffentliche Sitzung -
5.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2009 - öffentliche Sitzung -
5a.	Zentraldeponie Leppe Antrag des BAV auf Errichtung eines Kegels Antrag der Initiative Schwarzer Müllberg vom 17.05.2009 Schreiben der SPD-Fraktion vom 18.05.2009
6.	Umbesetzung von Ausschüssen hier: Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.05.2009 und 27.05.2009 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2009
7.	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
8.	Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf Kommunalebene
8a.	Eröffnungsbilanz der Gemeinde Lindlar zum 01.01.2006
8b.	Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Lindlar zum 31.12.2006
9.	Informationen der Verwaltung
10.	Verschiedenes
TOP	Beratungsgegenstand - Nichtöffentlicher Teil -
11.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 30.03.2009 - nichtöffentliche Sitzung -
12.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2009 - nichtöffentliche Sitzung -
12a.	Vergabe der Namensrechte am Sportplatz in Frielingsdorf/Scheel
13.	Personalangelegenheit
14.	Informationen der Verwaltung
15.	Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17.40 Uhr und begrüßt die Ratsmitglieder, den anwesenden Vertreter der Presse sowie die zahlreich erschienenen Zuhörer.

Er weist zunächst auf die mit Schreiben vom 19.05.2009 übersandten Vorlagen zu TOP 5a, 6 und 8 sowie die Ergänzungsvorlage zu TOP 6 und die Tischvorlagen zu TOP 6a, 7 und 12a hin und schlägt dann vor, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

- Aufnahme eines TOP 5a: Zentraldeponie Leppe
Antrag des BAV auf Errichtung eines Kegels
Antrag der Initiative Schwarzer Müllberg vom 17.05.2009
Schreiben der SPD-Fraktion vom 18.05.2009
- Ergänzung des TOP 6: Umbesetzung von Ausschüssen
Hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.05.2009
- Vorziehen des TOP 13: Eröffnungsbilanz der Gemeinde Lindlar zum 01.01.2006
als TOP 8a
- Vorziehen des TOP 14: Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Lindlar
zum 31.12.2006
als TOP 8b.

Diese Änderungen und Ergänzungen werden einstimmig beschlossen.

Zu TOP 1:

Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Zu TOP 2:

Benennung eines Schriftführers

Beschluss:

Als Schriftführer für diese Sitzung wird Herr Franz Broich bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 3:

Fragestunde für Einwohner

Von verschiedenen Einwohnern werden Fragen zur Zentraldeponie Leppe gestellt, die sich auf den TOP 5a der heutigen Sitzung beziehen. Die Fragen zielen zum einen darauf ab, ob dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss alle Unterlagen vorgelegt und die Ausschussmitglieder ausreichend informiert waren, und zum anderen auf Aussagen in dem Gutachten, die sich auf mögliche Gefährdungen beziehen, die von der geplanten Änderung der Deponie ausgehen könnten.

Der Bürgermeister beantwortet die Fragen dahingehend, dass nach seiner Auffassung die Ausschussmitglieder von der Verwaltung hinreichend informiert worden sind. Die umfangreichen Unterlagen hätten, wie bei allen anderen Sitzungen des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses, den Ausschussmitgliedern zur Einsichtnahme in der Verwaltung sowie vor und in der Sitzung zur Verfügung gestanden. Dies sei ein vor Jahren abgesprochenes und bislang praktiziertes Verfahren. Zu den aufgezeigten möglichen

Gefährdungen, die von Einwohnern mit Verweis auf die zum Antrag vorliegenden Gutachten benannt wurden, weist der Bürgermeister darauf hin, dass die Zitate aus den Gutachten zum Teil aus dem Zusammenhang herausgerissen seien und dadurch falsche Schlussfolgerungen nahegelegt und Ängste geschürt würden. Es sei richtig, dass in dem Gutachten Gefährdungen aufgezeigt, die Risiken aber auch entsprechend bewertet und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen vorgeschlagen würden. Die letztendliche fachtechnische Prüfung erfolge bei der dafür zuständigen Bezirksregierung und obliege nicht dem Rat und der Verwaltung, sondern dafür ausgebildeten Fachingenieuren.

Zu TOP 4:

Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 30.03.2009 - öffentliche Sitzung -

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Rückfragen oder Anmerkungen.

Zu TOP 5:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2009 - öffentliche Sitzung -

Da keine Einwendungen und Beanstandungen vorgebracht wurden, stellt der Vorsitzende die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2009 - öffentlicher Teil - fest.

Zu TOP 5a:

Zentraldeponie Leppe

Antrag des BAV auf Errichtung eines Kegels

Antrag der Initiative Schwarzer Müllberg vom 17.05.2009

Schreiben der SPD-Fraktion vom 18.05.2009

Im Hinblick auf die vielen Zuhörer erläutert der Bürgermeister ausführlich die Sitzungsvorlage. Sodann nehmen die einzelnen Fraktionen hierzu Stellung.

Für die CDU-Fraktion führt Fraktionsvorsitzender Hans Schmitz aus, dass der Rat im Wesentlichen auf den Bauplanungsbereich Einfluss nehmen kann, für deponiefachrechtliche Planungen aber die Bezirksregierung zuständig ist. Den Vorwurf der Bürgerinitiative, möglicherweise entscheidungserhebliche Informationen nicht berücksichtigt zu haben, weist er zurück mit dem Hinweis, dass sich die Fraktionsmitglieder zur Vorbereitung der Sitzungen hinreichend über die entscheidungsrelevanten Fakten informieren. Die Sicherheit habe auch für die CDU hohe Priorität, für deren Überprüfung und Überwachung aber die Bezirksregierung zuständig sei, die sich dabei auch entsprechender Fachleute bedient. Seiner Meinung nach missbrauche die Bürgerinitiative das Gutachten, um Angst bei den Bürgern zu schüren; dies sei nicht redlich. Da die Sicherheit der Bürger sowohl für den Rat der Gemeinde Lindlar als auch für die CDU-Fraktion höchste Priorität besitze, schlägt er vor, zur Klarstellung die Beschlüsse aus dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss vom 12.05.2009 Punkt 9.1 und 9.3 um einen entsprechenden Passus zu ergänzen.

Für den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, RM Dreiner-Wirz, steht für die Ablehnung des Antrages des BAV dessen Vorgehensweise im Vordergrund. Der BAV habe zur letzten Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses Pläne vorgelegt, die nicht mehr aktuell waren. Dies habe der BAV auch eingeräumt und mitgeteilt, dass die Basis des Kegels mittlerweile bereits angeschüttet sei. Somit seien schon ungenehmigt Änderungen vorgenommen worden und außerdem habe der BAV keine Angaben zu den abkippbaren Mengen gemacht. Diese Vorgehensweise könne so nicht akzeptiert werden, und er fordert die Verwaltung auf, eine diesbezügliche Klärung beim BAV herbeizuführen (siehe beigefügtes Schreiben an den BAV). Darüber hinaus erkennt auch

die SPD-Fraktion, dass von der Deponie gewisse Gefährdungen ausgehen, die aber von Fachgutachtern geprüft und bewertet werden müssen. Wenn dem nicht getraut werde, dann müssten eben Gegengutachten beauftragt und erstellt werden.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt Frau Dr. Freese, dass sie sich für die Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses nicht ausreichend informiert gefühlt habe und es nicht angehen könne, dass sich Rats- und Ausschussmitglieder Zugang zu den Akten bei der Verwaltung oder vor der Sitzung verschaffen müssten. Ihrer Fraktion habe das Gutachten zum Zeitpunkt der Sitzung nicht vorgelegen, wohl aber der Bürgerinitiative. Dieses Verfahren müsse sie bemängeln. Ihrer Meinung nach liegt die Verantwortung für das Verfahren nicht bei der Bezirksregierung sondern bei der Gemeinde. Im Übrigen müsse man auch mit den Ängsten der Bürger verantwortungsvoll umgehen. Sie stellt dann den Antrag auf Fristverlängerung für die Abgabe der Stellungnahme zu der Planänderung und auf erneute Beratung der Angelegenheit im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss.

Die Vorsitzende der FDP-Fraktion, RM Fleischhauer, führt ebenfalls aus, dass sich die Fraktion nicht hinreichend informiert fühle und vor der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses kein Hinweis auf das Vorliegen eines Gutachtens und die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Akten erfolgt sei. Damit seien von der Verwaltung wesentliche Unterlagen vorenthalten worden. Auch sie beantragt, die Angelegenheit erneut im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zu beraten.

Das parteilose Ratsmitglied Walter Weber weist darauf hin, dass der Rat nur über die planungsrechtlichen Angelegenheiten entscheiden kann, für die er zuständig ist. Außerdem bringt er seine Verwunderung zum Ausdruck, dass man seitens der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und der FDP auf nicht vorgelegte Unterlagen verweist. Man habe sich schon vor Jahren auf das bis jetzt praktizierte Verfahren geeinigt, die umfangreichen Unterlagen und Pläne vor den Sitzungen bei der Verwaltung einsehen zu können. Und danach sei man auch verfahren.

Der Bürgermeister geht zunächst auf den Hinweis von RM Dreiner-Wirz ein, dass der BAV möglicherweise bereits Arbeiten durchgeführt habe, die noch nicht genehmigt seien. Dies müsse auf jeden Fall hinterfragt und gegebenenfalls auch nachdrücklich beanstandet werden. Er führt dann weiter zu den verschiedenen Anmerkungen aus, dass auf Veranlassung des BAV der Bürgerinitiative die Unterlagen von der Bezirksregierung zur Verfügung gestellt worden seien und die Rats- und Ausschussmitglieder die Unterlagen – wie bisher üblich – bei der Verwaltung hätten einsehen können. Er weist den Vorwurf der Vorenthaltung von Unterlagen durch die Verwaltung auf das Schärfste zurück. Bezüglich der in dem Gutachten angeführten Gefährdungen werde auch von den Gutachtern aufgezeigt, wie damit umzugehen ist. In diesem Punkt mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger zu spielen, indem Passagen aus dem Gutachten aus dem Zusammenhang gerissen würden, sei unverantwortlich und unerhört.

Auf den Hinweis von RM Schmitz-Siegfried, dass die Antragsunterlagen inkl. Pläne und Gutachten hätten vorgelegt werden müssen, erklärt Herr Newrzella nochmals, dass dies in der Vergangenheit auch nicht praktiziert worden sei und somit sich bei der Beteiligung der Gemeinde an diesem Verfahren keine Änderungen zu früheren Verfahren ergebe. Es sei deshalb unverständlich, weshalb hier plötzlich eine andere Vorgehensweise verlangt werde als diejenige, die seit Jahren praktiziert werde.

Sodann lässt der Bürgermeister über folgenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und FDP abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Abgabe der Stellungnahme zur Planänderung des Kegelbereichs auf der Deponie Leppe Fristverlängerung bei der Bezirksregierung zu beantragen und die Angelegenheit zur erneuten Beratung in den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	20
	Enthaltung	6

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sodann lässt der Bürgermeister über den Antrag der CDU-Fraktion auf Ergänzung des Beschlusses aus dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss abstimmen:

Beschluss:

Die Sicherheit der Menschen auf der Leppe und in der Umgebung Leppe hat für den Rat der Gemeinde Lindlar höchste Priorität. Wir fordern die Bezirksregierung nochmals nachdrücklich auf, im Rahmen der Genehmigungen zum Betrieb der Leppedeponie Gefährdungen der Menschen auszuschließen oder so gering wie möglich zu halten. Die fachplanerischen Bewertungen, die durch den Betreiber vorgelegt wurden, bitten wir, wie bisher in die Bewertungen einfließen zu lassen.

Unbeschadet der von den zuständigen Behörden zu kontrollierenden Sicherheitsmaßnahmen hat die Gemeinde Lindlar grundsätzlich keine Bedenken gegen die beantragte Änderung der Zentraldeponie Leppe – hier: Kegelbereich :metabolon.

Folgende Nebenbestimmungen sollen in den Genehmigungsbescheid aufgenommen werden:

Mit Beendigung der Setzungen sind auf der Grundlage der dann geltenden Vorschriften und Gesetze und entsprechend dem zu diesem Zeitpunkt gültigen Stand der Technik, Oberflächenabdichtungsmaßnahmen zu planen und der zuständigen Behörde zur Genehmigung einzureichen.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	20
	Nein-Stimmen	12

Die SPD-Fraktion stimmt gegen den Beschluss mit dem Hinweis, dass zunächst eine Stellungnahme des BAV zu den bereits vorgenommenen Änderungen an dem Kegel vorliegen müsse.

Zu TOP 6:**Umsetzung von Ausschüssen**

hier: Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.05.2009 und 27.05.2009

Auf die Sitzungsvorlagen wird verwiesen.

Beschluss:

Anstelle des Ratsmitgliedes Annelie Handke-Hahn werden Herr Tobias Bobrowski (skB), Fenker Heideweg 48, 51789 Lindlar, und Frau Ursula Becker-Schöllnhammer (skB), Stolzenbach 16, 51789 Lindlar, als stellvertretende Mitglieder in den **Bau-, Planungs- und Umweltausschuss** gewählt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Beschluss:

Anstelle des Ratsmitgliedes Annelie Handke-Hahn werden Herr Tobias Bobrowski (skB), Fenker Heideweg 48, 51789 Lindlar, und Frau Ursula Becker-Schöllnhammer (skB), Stolzenbach 16, 51789 Lindlar, als stellvertretende Mitglieder in den **Ausschuss für Sicherheit und Ordnung** gewählt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Beschluss:

Anstelle des Ratsmitgliedes Annelie Handke-Hahn werden Herr Tobias Bobrowski (skB), Fenker Heideweg 48, 51789 Lindlar, und Frau Ursula Becker-Schöllnhammer (skB), Stolzenbach 16, 51789 Lindlar, als stellvertretende Mitglieder in den **Vergabeausschuss** gewählt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2009

Beschluss:

Herr Steffen Mielke, Bonnersüng 15, 51789 Lindlar, wird als stellvertretendes Mitglied (skB) in den **Ausschuss für Sicherheit und Ordnung** gewählt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 7:

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Auf die Tischvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Aufgrund der vom Ausschuss für Sicherheit und Ordnung in seiner Sitzung am 13.05.2009 einstimmig beschlossenen Beschlussempfehlung an den Gemeinderat wird die Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW (Bürgermeister mit einem Ratsmitglied) vom 14.05.2009 genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 8:**Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf Kommunalebene**

RM Hans Schmitz drückt seinen Unmut über das Verfahren aus.

RM Dreiner-Wirz teilt mit, dass in der Vorlage der Hinweis fehlt, dass dieser Tagesordnungspunkt auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurückzuführen ist und erklärt, dass nicht nur die Gemeinde sondern auch einzelne Bürger mit erheblichen Auswirkungen betroffen sein können.

RM Heuwes führt aus, dass man auf jeden Fall davon ausgehen muss, dass hierdurch auch finanzielle Belastungen auf die Gemeinde zukommen werden und beantragt deshalb, den letzten Satz aus dem Beschlussvorschlag zu streichen. Diesem Antrag schließt sich die FDP-Fraktion an. Hierüber lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

In dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird der letzte Satz gestrichen.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	14
	Enthaltungen	3

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sodann lässt der Bürgermeister über den Beschlussvorschlag in der Vorlage mit der Ergänzung, dass in der 8. Zeile hinter das Wort „finanzielle“ die Worte „und sonstige“ aufgenommen werden, abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Maßnahmenprogramm zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wie folgt Stellung zu nehmen:

„Die Gemeinde Lindlar hat regelmäßig an den sie betreffenden Runden Tischen teilgenommen und das Maßnahmenprogramm zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie beobachtet und begleitet. Derzeit ist festzustellen, dass noch keine konkreten Maßnahmen an den Gewässern in der Gemeinde Lindlar vorgesehen sind. Deshalb können auch die Kosten, die die Gemeinde Lindlar durch die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie voraussichtlich zu tragen hat, noch nicht genau beziffert werden. Festzustellen ist allerdings, dass aufgrund der vorliegenden groben Kostenschätzungen davon auszugehen ist, dass nicht unerhebliche finanzielle und sonstige Belastungen auf die Gemeinde Lindlar und somit auf deren Bürgerinnen und Bürgern bis zum Jahr 2027 zukommen werden. Die Gemeinde Lindlar befindet sich seit Jahren im Haushaltssicherungskonzept und sieht sich außer Stande, weitere zusätzliche finanzielle Belastungen zu tragen. Aus diesen Gründen stimmt der Rat der Gemeinde Lindlar den Maßnahmenprogrammen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die die Gewässer im Gemeindegebiet Lindlar betreffen, nur unter der Voraussetzung zu, dass dies mit keinen zusätzlichen finanziellen Belastungen der Gemeinde Lindlar verbunden ist.“

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	26
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	3

Zu TOP 8a:**Eröffnungsbilanz der Gemeinde Lindlar zum 01.01.2006**

Hierzu wie auch zu dem nachfolgenden TOP 8b nimmt der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, RM Bosbach Stellung. Die Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschluss:

Die Eröffnungsbilanz der Gemeinde Lindlar zum 01.01.2006 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

TOP 8b:**Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Lindlar zum 31.12.2006**

Siehe Ausführungen zu TOP 8a.

Beschluss:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2006 und der Lagebericht für das Haushaltsjahr 2006 der Gemeinde Lindlar werden festgestellt.
Dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 9:**Informationen der Verwaltung**

Hierzu informiert der Bürgermeister, dass die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein mit Schreiben vom 06.05.2009 mitteilt, dass sich der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen in seiner Sitzung am 30.06.2009 mit der Zukunft der ärztlichen Präsenz sowie augenärztlichen Versorgung in der Gemeinde Lindlar befassen wird.

Zu TOP 10:**Verschiedenes****10.1**

RM Dreiner-Wirz erkundigt sich nach dem Stand der Umsetzung des Konjunkturpaketes II. Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass die angekündigte Grundgesetzänderung des Artikels 104b abgewartet werden sollte, um endgültige Klarheit zu haben, welche Maßnahmen aus diesem Konjunkturpaket durchgeführt werden können. Zurzeit würden Vorschläge aus der Verwaltung, aber auch von den Rats- und Ausschussmitgliedern gesammelt, über deren Umsetzung dann endgültig im Haupt- und Finanzausschuss oder aber im Rat zu gegebener Zeit entschieden werden müsse. Herr Hütt teilt mit, dass ein Bewilligungsbescheid über 2,3 Mio. € vorliege und dementsprechend die Mittel für die Gemeinde Lindlar gesichert seien.

10.2

RM Fleischhauer erkundigt sich nach der Situation des Krankenhauses, die der Bürgermeister nach seinem Kenntnisstand erläutert.

10.3

RM Dreiner-Wirz weist darauf hin, dass sich des Öfteren auf dem Schulhof Frielingsdorf außerhalb der Schulzeit, insbesondere abends und an Wochenenden Jugendliche aufhalten und dort zum Teil randalieren würden. Die Verwaltung sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil und verabschiedet die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Ende des öffentlichen Teils



Gemeinde Lindlar - Der Bürgermeister - Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar

BAV Bergischer Abfallwirtschaftsverband
z. Hd. Frau Lichtinghagen-Wirths
Braunswerth 1 - 3

51766 Engelskirchen

Auskunft erteilt: Herr Petric Newrzella
Geschäftszeichen: PN
Zimmer Nr.: 210
Telefondurchwahl: 02266 - 96 - 305
Telefax: 02266 - 96 - 7 - 305
E-Mail: Petric.Newrzella@Gemeinde-
Lindlar.de
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 02.06.2009

Sitzung des Gemeinderates am 27.05.2009
Zentraldeponie Leppe
- Antrag des BAV auf Errichtung eines Kegels
- Schreiben der SPD-Fraktion vom 28.05.2009

Sehr geehrte Frau Lichtinghagen-Wirths,

in der Gemeinderatssitzung am 27.05.2009 wurde der Antrag des BAV auf Errichtung eines Kegels, nach bereits erfolgter Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 12.05.2009, erneut beraten.

Nach ausgiebiger Erläuterung, Diskussion und Beratung wurde mehrheitlich beschlossen:

Die Sicherheit der Menschen auf der Leppe und in der Umgebung Leppe hat für den Rat der Gemeinde Lindlar höchste Priorität. Wir fordern die Bezirksregierung nochmals nachdrücklich auf, im Rahmen der Genehmigungen zum Betrieb der Leppedeponie Gefährdungen der Menschen auszuschließen oder so gering wie möglich zu halten. Die fachplanerischen Bewertungen, die durch den Betreiber vorgelegt wurden, bitten wir, wie bisher in die Bewertungen einfließen zu lassen.

Unbeschadet der von den zuständigen Behörden zu kontrollierenden Sicherheitsmaßnahmen hat die Gemeinde Lindlar grundsätzlich keine Bedenken gegen die beantragte Änderung der Zentraldeponie Leppe - hier: Kegelbereich :metabolon.

Folgende Nebenbestimmungen sollen in den Genehmigungsbescheid aufgenommen werden:

Mit Beendigung der Setzungen sind auf der Grundlage der dann geltenden Vorschriften und Gesetze und entsprechend dem zu diesem Zeitpunkt gültigen Stand der Technik Oberflächenabdichtungsmaßnahmen zu planen und der zuständigen Behörde zur Genehmigung einzureichen.

Die SPD-Fraktion stimmt gegen den Beschluss mit dem Hinweis, dass zunächst eine Stellungnahme des BAV zu den bereits vorgenommenen Änderungen an dem Kegel vorliegen müsse.

Im Zuge der Beratungen konnten viele Fragen der Bürger und Ratsmitglieder beantwortet werden. Nachfolgend aufgeführte Fragen bedürfen jedoch noch der Klärung durch den BAV als Antragsteller, worum ich hiermit bitte:

- Wurde mit der Anschüttung des Kegels begonnen, bevor für diese Maßnahme die erforderliche Genehmigung vorliegt? Wenn ja, warum?
- Warum wurden in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 12.05.2009 Pläne vorgestellt, die nicht aktuell waren?
- Wie groß ist das zurzeit genehmigte Gesamtvolumen der Deponie?
- Für welche Abfallarten ist diese Genehmigung erteilt worden? Für Siedlungsabfälle oder Rostaschen?
- Wurde ein maximal zulässiges Volumen oder eine maximale Tonnage genehmigt?

Des Weiteren erhalten Sie in der Anlage das Schreiben der SPD-Fraktion vom 28.05.2009 an Herrn Bürgermeister Dr. Tebroke mit der Bitte, den darin aufgeführten Sachverhalt ebenfalls bei der Beantwortung der vorgenannten Fragen zu berücksichtigen.

Einer zeitnahen Rückäußerung sehe ich gerne entgegen, da die erbetene Stellungnahme des BAV der Niederschrift zur Gemeinderatssitzung beigelegt werden soll.

Mit freundlichen Grüßen



P. Newrzella



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Rat der Gemeinde Lindlar

SPD-Fraktion, Kamperstr. 28, 51789 Lindlar

Bürozeiten:
Mo 15.00-17.00
Di, Mi, Do 9.00-11.00

Herrn
Bürgermeister
Dr. Hermann-Josef Tebroke
Borromäusstraße 1

51789 Lindlar

Lindlar, den 28.05.2009

Leppe-Deponie „Schwarzer Müllberg“ hier: gestrige Ratssitzung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Tebroke,

im Nachgang zur Behandlung o. g. Problematik in der gestrigen Ratssitzung möchte ich nochmals auf die die SPD bewegendenden Gründe für unsere Ablehnung des „Schwarzen Müllbergs“ verweisen.

1. Die seitens der BI ins Spiel gebrachten Gutachten zum BAV-Antrag haben bei uns keine Rolle gespielt, da wir sie erstens ganz gelesen (incl. der Fazite) und zweitens einen Fachmann zu Rate gezogen haben, der uns versicherte, dass die möglichen Gefahren bekannt und durch entsprechende Maßnahmen in den Griff zu bekommen sind. Insofern teilen wir die Argumente von BI, Bündnisgrünen und FDP **nicht**. Offensichtlich ist den beiden Fraktionen immer noch nicht bekannt, dass es Akteneinsichtsmöglichkeiten bei der Verwaltung gibt. Wir regen für die Zukunft an, dass dies in ähnlich gelagerten Fällen jeweils schriftlich auf den Sitzungsvorlagen mitgeteilt wird.
2. Die **SPD-Fraktion** stört, dass beim Antrag Pläne (Schnitte) vorgelegt werden, die auf Nachfrage als „überholt“ deklariert werden. Dass diese Überholung darin besteht, dass bereits mit den zur Genehmigung anstehenden Anschüttungen begonnen (oder weiterverfahren) worden ist und dadurch eine Verringerung der Kegelbasis verhindert wird, halten wir für äußerst bedenklich. Durch eine Reduzierung der Kegelbasis hätte bei gleicher Form und denselben Neigungswinkeln die Höhe des Kegels **verringert** werden können ohne die Ästhetik zu verändern.
3. Die **SPD-Fraktion** stört, dass seitens des BAV die **wirtschaftliche** Seite (also voluminöserer Kegel, gleich mehr abzukippende Masse, gleich mehr Einnahmen) weitestgehend unerwähnt bleibt.
4. Die **SPD-Fraktion** stört, dass seitens des BAV ständig auf die seinerzeit genehmigten deponierbaren Massen hingewiesen wird, ohne die Tatsache zu erwähnen, dass es sich heute um ganz anderes Material handelt. Wenn es seinerzeit um un- oder höchstens teilbehandelten Hausmüll ging, geht es heute um Restaschen verbrannten Mülls, der in seiner Konsistenz, seinem spezifischen Gewicht, seinem Lagerverhalten u. ä. völlig anders zu bewerten ist als die ehemals zur Ablagerung genehmigten Stoffe. U. E. resultiert aus die-

ser **Andersartigkeit** des heute zu deponierenden Materials auch die Notwendigkeit erneuter Genehmigungsverfahren; wie der in Rede stehende Antrag des BAV ja zeigt.

5. Umso unverständlicher ist es der **SPD-Fraktion** deshalb, dass **vor** einer erteilten Genehmigung bereits mit dem Deponieren dieser **neuen** Materialien begonnen wird und damit Fakten geschaffen werden, die nur schwer zu revidieren sind. Dadurch wird ein angestrebtes und oft heraufbeschworenes „neues“ Vertrauensverhältnis zwischen Gemeinde und BAV u. E. erheblich erschüttert.

Die **SPD-Fraktion** befürchtet, dass es zukünftig bei ähnlich gelagerten Fällen dazu kommt, dass mit dem Hinweis auf **Abfallrecht** eine gleichberechtigte Kooperation im neuen B-Plan-gebiet Leppe unterlaufen wird. Um dies zu vermeiden, muss auch auf abfallrechtlicher Seite der Gemeinde gegenüber mit **ganz** offenen Karten gespielt werden.

Ich betone nochmals, dass die **SPD-Fraktion** das Metabolonprojekt unterstützt, aber immer gesagt hat, dass die **umliegende Bevölkerung** damit leben können muss. Dies gilt v. auch für den „Schwarzen Müllberg“.

Wir bitten Sie, wie gestern vereinbart, die für die zukünftige Umgangsweise zwischen Gemeinde und BAV u. E. notwendigerweise zu klärenden Punkte mit dem BAV zu erörtern.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Dreiner-Wirz
Fraktionsvorsitzender

